



FÜR KRISENSICHERES GELD:  
**GELDSCHÖPFUNG** ALLEIN  
DURCH DIE NATIONALBANK!



## Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der CVP?

Die CVP setzt sich gemäss ihren Parteipositionen für eine faire Marktwirtschaft und einen prosperierenden Mittelstand ein. Heute ist die Realwirtschaft jedoch systematisch gegenüber dem Bankensektor benachteiligt: Banken können selbst Geld erzeugen und haben dadurch enorme Finanzierungsvorteile gegenüber der Realwirtschaft, die ihre Investitionen vollständig refinanzieren muss. Es kommt zu Wettbewerbsverzerrungen, da marktwirtschaftliche Prinzipien hier ausgehebelt sind. Die Vollgeld-Initiative schafft gleich lange Spiesse zwischen Banken und Unternehmen. Ein nachhaltiges Wachstum der Realwirtschaft wird ermöglicht, denn die Nationalbank kann – anders als heute – die Geldmenge entsprechend einer gesunden realwirtschaftlichen Entwicklung steuern.

Im Folgenden werden die wirtschaftspolitischen Forderungen der CVP in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die Vollgeld-Initiative zur Verwirklichung dieser politischen und ökonomischen Ziele zu leisten vermag. Die CVP engagiert sich in ihrer Politik oft für Familien sowie den unternehmerischen Mittelstand. Diese beiden Institutionen sind eng miteinander verzahnt. Geht es den KMU gut, geht es auch den Familien gut. Die CVP ist klar der Meinung: *„Die Schweizer KMU sind die wichtigsten Stützen unserer Volkswirtschaft“ (Parteiprogramm S. 10).*

Das sozial-ethische Wirtschaftsverständnis prägt die Partei seit ihrem Bestehen und wirkt sich bis heute auf die Politik der CVP aus. *„Die CVP bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung muss im Dienste aller stehen und darf nicht auf Kosten der Schwachen oder der Umwelt geschehen“ (S. 10).* Aus Sicht der Vollgeld-Initiative werden diese zentralen politischen Forderungen im heutigen Geldsystem behindert. Die KMU bzw. die gesamte Realwirtschaft leiden heute unter Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des Bankensektors. Banken können selbst Geld erzeugen, damit Kredit vergeben und für sich selber Wertpapiere und Immobilien kaufen. Normale Wirtschaftsakteure – d.h. eben KMU sowie wir alle als Privatpersonen – müssen die Mittel, um Investitionen tätigen zu können, vorgängig selbst erarbeitet haben oder zinspflichtig ausleihen. Das gilt auch für Finanzunternehmen wie Versicherungen, Pensionskassenfonds und Beteiligungsgesellschaften. Das Privileg der Banken, selbst Geld zu schöpfen, verschafft ihnen einen enormen (Re-)Finanzierungsvorteil gegenüber allen „Nichtbanken“: Ihre Zinskosten belaufen sich nur auf einen Bruchteil des gesamthaft geschöpften Geldbetrages, und dieser muss bei der Nationalbank nur minimal refinanziert werden. Unternehmen haben hingegen immer die vollen Zinskosten einer ordentlichen Finanzierung zu tragen. **Die Möglichkeit der Banken, selbst Geld zu erschaffen, kommt einer riesigen staatlichen Subvention gleich und widerspricht so den Grundsätzen einer fairen und sozialen Marktwirtschaft.**

Manche KMU macht die Erfahrung, dass ihr Kreditbegehren von ihrer Bank auch bei Niedrigzinsen abgelehnt wird, während die gleiche Bank im Finanzmarkt ihr Engagement erhöht. Banken verfolgen mit Ihren Geldgeschäften lieber renditeträchtige Investitionen auf den liquiden Finanzmärkten, als sich in illiquiden und risikobehafteten Unternehmensfinanzierungen zu

exponieren. Da hilft auch die Niedrigzinspolitik der Nationalbank nicht mehr, um die Banken zur Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu bewegen.

Des Weiteren besteht im heutigen Geldsystem auch eine systemische Ungerechtigkeit innerhalb des Bankensektors: Grossbanken sind gegenüber den kleinen Banken bevorteilt. Dies fördert einen Konzentrationsprozess innerhalb des Bankensektors und reduziert längerfristig den Wettbewerb. Das erschwert auch den Neueinstieg in diese Branche.

Die Vollgeld-Initiative schafft hier wieder echten und fairen Wettbewerb, der die Entwicklung der Schweizer Volkswirtschaft nachhaltig unterstützt. **Wenn Banken nicht mehr selbst Geld erzeugen können, werden sie wieder allen anderen Unternehmen gleichgestellt. Sie können nur noch mit dem Geld arbeiten, das ihnen von Sparern, anderen Banken oder, soweit nötig, von der Nationalbank zur Verfügung gestellt wird. Da der Zahlungsverkehr von den Banken unabhängig wird, sind Banken weniger „too big to fail“.** Das bedeutet auch, dass Banken wieder die volle Verantwortung über ihre Geschäfte übernehmen müssen. Hochriskante Spekulationsgeschäfte auf den Finanzmärkten werden dadurch uninteressanter, wodurch Investitionen in weniger riskante Geschäfte in der Realwirtschaft wieder relativ attraktiver werden. Die Realwirtschaft gewinnt doppelt: Ihre Kreditbedürfnisse werden von den Banken wieder stärker berücksichtigt. Ausserdem fliesst das von der Nationalbank neu geschöpfte Geld unmittelbar und direkt in die Realwirtschaft: Über öffentliche Ausgaben oder per Bürgerdividende.

Wenn das elektronische Buchgeld in Zukunft von einer demokratisch legitimierten Nationalbank erzeugt und Banken dieses ungerechtfertigte Privileg entzogen wird, schafft dies klare Rahmenbedingungen für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Real- und Finanzwirtschaft. Das passt bestens zu den Forderungen der CVP: ***“Die CVP als Wirtschaftspartei setzt sich für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete und wettbewerbsorientierte Wirtschaft ein.”*** (<https://www.cvp.ch/themen/wirtschaft>)

Auf der Grundlage eines stabilen und krisensicheren Geldsystems kann der Finanzmarkt nachhaltig vor gravierenden Finanzkrisen in Folge von Spekulationsexzessen bewahrt werden. Heute entstehen diese Finanzblasen vor allem durch die unkontrollierte Geldschöpfung der Banken. Die Nationalbank kann dagegen mit ihren Zinspolitikinstrumenten wenig tun. Die Volumina, die heute in Form von Finanzkapital auf den Aktien- und Immobilienmärkten vorhanden sind, haben die Dimensionen der vergangenen Finanzkrise längst gesprengt. Die CVP will ***„in Zukunft (...) einen stabilen und zukunftssträchtigen Finanzplatz Schweiz sichern“***. Die Vollgeld-Initiative ist eine unkomplizierte und schmerzlose Lösungsvariante, bei der weder Vermögen enteignet noch Banken verstaatlicht werden müssen.

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

Initiativtext mit Erläuterungen: [www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen](http://www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen)

Kernbotschaften der Initiative: [www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften](http://www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften)

Antworten auf über 100 Fragen: [www.vollgeld-initiative.ch/fragen/](http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen/)